



Erhalt der Arbeitsplätze bei Opel muss Priorität haben

Pressemitteilung von Ulla Lötzer, 28. April 2009

"Ein Einstieg von Magna scheint zumindest seriöser zu sein, als die Beteiligung eines Unternehmens wie Fiat, das selbst 14,2 Mrd. Euro Schulden hat", erklärt Ulla Lötzer zum Treffen von Bundeswirtschaftsminister Karl Theodor zu Guttenberg mit Vertretern des kanadisch-österreichischen Autozulieferers. Eine tragfähige Lösung für Opel erfordert nach Ansicht der Sprecherin der Fraktion DIE LINKE für internationale Wirtschaftspolitik und Globalisierung jedoch mehr als nur die Suche nach einem Investor. "Es darf nicht sein, dass Milliarden Euro Steuergelder in die Banken gepumpt werden, während die Kolleginnen und Kollegen in der Industrie über die Klinge springen, weil der Staat aus ideologischen Gründen nicht eingreifen will." Lötzer weiter:

"Die Regierung steht in der Verantwortung, sich im Fall Opel für die Lösung einzusetzen, die den Beschäftigten Sicherheit für ihre Arbeitsplätze bringt. Gerettet werden kann Opel nur durch einen Einstieg der Bundesländer, in denen sich Opel-Standorte befinden, und durch die Beteiligung von Belegschaft,

Händlern und Zulieferern. Flankiert werden muss das Ganze durch Bürgschaften des Bundes. Zusammen mit den Beschäftigten muss Opel dann zu einem sozialen und ökologischen Mobilitätskonzern umgebaut werden. Nur so lassen sich die Arbeitsplätze dauerhaft sichern."